

“Frieden braucht keine neuen Raketen – Wir sagen NEIN zum US-Raketenschild in Europa“
Beschluss des 1. Landesparteitages DIE LINKE. Sachsen am 14. und 15. Juli 2007

Der 1. Landesparteitag der LINKEN. Sachsen unterstützt den Prager Appell „PEACE DOESN'T NEED NEW MISSILES - We say no to the US missile defense system in Europe “ / “Frieden braucht keine neuen Raketen – Wir sagen nein zu US-Raketenabwehrsystem in Europa“ und erteilt damit dem geplanten US-Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien, auch unter Schirmherrschaft von Nato oder EU, eine klare Absage. Die sächsische LINKE spricht sich im Sinne des Prager Appells für die Durchführung von Referenden über die Stationierungspläne in Polen und Tschechien aus und bekundet entsprechend ihrem friedenspolitischen Profil den Widerstand gegen alle ausländischen Militärbasen und andere Infrastrukturen, die für Angriffskriege gebraucht werden. Alle Mitglieder und SymphatisantInnen der LINKEN sind aufgerufen sich aktiv an emanzipatorischen Protestaktionen gegen Militarisierungspläne zu beteiligen.

Der Plan der USA in Polen und Tschechien ein Raketenabwehrsystem zu installieren trifft auf breite Ablehnung der Bevölkerungen der betroffenen Staaten. Trotzdem sind die Regierungen unter dem tschechischen Premier Mirek Topolaneck und dem polnischen Staatschef Jaroslaw Kaczynski fest entschlossen dem Radar bzw. dem Raketensilo auf ihren Staatsterritorien Platz zu machen. Russland stellte die Intention der Anlage, nämlich Atomraketen-Anschlägen aus Richtung Iran oder Nordkorea vorzubeugen, (berechtigterweise) infrage, protestierte vehement gegen das Vorhaben und droht inzwischen mit Aufrüstungsmaßnahmen. Die EU versuchte sich - noch unter Vorsitz der deutschen Bundeskanzlerin Merkel - mit dem Vorschlag das Militärprojekt unter Schirmherrschaft der NATO zu stellen, als Vermittlerin zwischen den widerstreitenden Polen. Nachdem der vom russischen Präsident Putin am Rande des G8-Gipfels in Heiligendamm und bei einem bilateralen Gipfeltreffen im Juni 2007 unterbreitete „Kompromissvorschlag“ die Radarstation im aserbaidzhanischen Gabala zu nutzen und dafür auf die Standorte Polen und Tschechien zu verzichten, vom amerikanischen Präsidenten Bush abgelehnt wurde, droht Russland erneut mit der Stationierung eigener Raketen.

Die internationalen Beziehungen drohen um die Frage der Raketenabwehrsystem-Stationierung zu eskalieren. Die Bevölkerungen der betroffenen Länder bleiben zudem aus dem Entscheidungsprozess über die militärische Aufrüstung ausgeschlossen.

Eine linke, friedenspolitische Kraft wie DIE LINKE erteilt sowohl den Aufrüstungsplänen der USA oder von Russland als auch der Militarisierung der Europäischen Union oder den Atom-Programm-Ambitionen des Irans eine klare Absage.

Im Mai 2007 fand in Prag die Konferenz „Initiativen gegen Militarisierung - Nein zu NATO und US-Militärbasen in Europa!“ statt. 150 Teilnehmer, 14 friedenspolitische Initiativen aus 10 Ländern Europas verabschiedeten im Rahmen der von der tschechischen Bürgerinitiative Ne Zakladnam (Nein zu Militärbasen) sowie dem Mittelosteuropasnetzwerk lavka.info organisierten Konferenz der Prager Appell: **„Frieden braucht keine neue neuen Raketen – Wir sagen NEIN zum US-Raketenschild in Europa“**. Die Konferenz gegen Militarisierung in Europa war ein wichtiger Beitrag zur Vernetzung des Widerstandes gegen die wachsende Militarisierung der internationalen Beziehungen. Der Prager Appell wurde inzwischen von mehreren hundert Personen aus verschiedensten Länder der Welt unterzeichnet. Unter den ErstunterzeichnerInnen befindet sich auch Tobias Pflüger, Europaabgeordneter der LINKEN.

PRAGER APPELL

Verabschiedet am 5. Mai auf der Internationalen Konferenz gegen Militarisierung in Europa:

FRIEDEN BRAUCHT KEINE NEUEN RAKETEN –

WIR SAGEN NEIN ZUM US- RAKETENSCHILD IN EUROPA

Angesichts des Beginns der offiziellen Verhandlungen zwischen der US-Administration und der tschechischen und der polnischen Regierung am 10. und 11. Mai 2007 erklären die Unterzeichner dieses Papiers:

Wir protestieren gegen die Pläne der Bush-Administration, ein sogenanntes ‚nationales Raketenabwehrsystem‘ der USA auf dem Territorium der Tschechischen Republik und Polens zu stationieren. Die Mehrheit der Menschen, sowohl in den betroffenen Ländern, als auch im übrigen Europa, lehnen diese Pläne ab.

Wir sehen die Gründe, die für die Aufstellung dieses Systems vorgebracht werden, als Vorwände an. Die Realisierung des US-Plans wird nicht zu einer Erhöhung der Sicherheit führen. Sie wird im Gegenteil neue Gefahren und Unsicherheiten in Europa heraufbeschwören. Obwohl das Raketenabwehrsystem als defensiv bezeichnet wird, ist es in Wirklichkeit dazu geeignet, den USA Erstschläge gegen andere Länder zu erlauben, ohne Gegenschläge fürchten zu müssen. Es wird die Stationierungsländer außerdem zum Zielgebiet in zukünftigen US-Kriegen machen.

Die Regierungen Polens und der tschechischen Republik nehmen damit die Entfesselung eines neuen Rüstungswettlaufs fahrlässig in Kauf, eines Rüstungswettlaufs, der das derzeitige strategische Gleichgewicht auf der Grundlage der internationalen Verträge über nukleare Nichtweiterverbreitung und die Kontrolle konventioneller Rüstung in Europa gefährden wird.

Was wir jedoch wirklich brauchen, ist Abrüstung als eine Vorbedingung für Frieden und wirkliche menschliche Sicherheit. Um der drohenden ökologischen Krise entgegenwirken zu können, brauchen wir internationale Kooperation und Vertrauen – und nicht militärische Konfrontation.

Friedensinitiativen, demokratische und emanzipatorische politische Kräfte, Frauen- und Umweltbewegungen, Gewerkschaften und Friedensbewegte aller Religionen müssen zusammenkommen in ihrem Widerstand gegen diesen Versuch, verschiedene europäische Länder gegeneinander auszuspielen.

Wir sehen unseren Protest als Teil einer globalen Bewegung gegen alle ausländischen Militärbasen und andere Infrastrukturen, die für Angriffskriege gebraucht werden. Unser Engagement ist ein Beitrag zur Friedenserhaltung in Europa und der Welt.

Die Staaten der europäischen Union und der Nato dürfen sich an diesem neuen militärischen Abenteuer der Bush-Administration nicht beteiligen. Frieden bleibt unsere wichtigste Aufgabe. Wir lehnen deshalb jeden Versuch ab, die US-Pläne durch die Hintertür von NATO- und EU-Beschlüssen zu legitimieren.

Wir repräsentieren viele Nationalitäten Europas aus vielen unterschiedlichen Lebenszusammenhängen. Wir fordern jeden Europäer dazu auf, zusammen mit uns alles zu tun, um Europa vor einem neuen Wettrüsten und einem neuen kalten Krieg zu bewahren.

Wir verlangen von allen Verantwortlichen in der Europäischen Union, insbesondere von Präsident Klaus und Präsident Kaczynski, den Willen der Menschen der Europäischen Union zu respektieren. Wir fordern beide Staatsoberhäupter auf, demokratisch zu handeln und bindende Referenden über die Stationierung des US-Systems in ihren Ländern zu ermöglichen.

Wir rufen alle Menschen auf, an Demonstrationen gegen die US-Pläne teilzunehmen, und auf ihre gewählten Repräsentanten und auf die Regierungen Einfluss zu nehmen, Ihnen zu schreiben, Sie zur Rede zu stellen, ihnen auch an der Wahlurne deutlich zu machen, dass die Menschen auf unserem Kontinent keine neue militärische Konfrontation wollen.

Prag, 5. Mai 2007

www.prague-declaration.org

Die ErstunterzeichnerInnen:

- Helena Franke, Iniciativa Ne základnám, Czech Republic
- Thomas Franke, Iniciativa Ne základnám, Czech Republic
- Erazim Kohák, cestný člen Iniciativy Ne základnám, Czech Republic
- Rudolf Pr evrátil, Iniciativa Ne základnám, Czech Republic
- Ivona Novomestská, Iniciativa Ne základnám, Czech Republic
- Jan Májíček, Iniciativa Ne základnám, Czech Republic
- Karel Cerník, Iniciativa Ne základnám, Czech Republic
- Jaroslava Richterová, Iniciativa Ne základnám, Czech Republic
- Oskar Krejčí, politologist, Czech Republic
- Zdenka Reháková, Czech Republic
- Dagmar Wernerová, Iniciativa Ne základnám, Czech Republic
- Stanislav Holubec PhD., SOK, Lavka.info (network for left policy in CE Europe), Czech Republic
- Maciej Konieczny, Stop Bazom USA / Mlodzi Socjalisci, Poland
- Boleslaw Jaszczuk, Stowarzyszenie Stop Tarczy, Poland
- Andrzej Zebrowski, Inicjatywa Stop Wojne, Poland
- Grazyna Stawowska, Inicjatywa Stop Wojne, Poland
- Piotr Kawiorski, Lavka Info (network for left policy in CE Europe), Poland
- Szymon Martys, `Anti War Coalition` Lublin, Stop Bazom USA, Poland
- Péter Petak, Civilek a Mecsekért Mozgalom CMM, Hungary
- Alex Sólyom, Civilek a Mecsekért Mozgalom CMM, Hungary
- Kata Lenard, Civilek a Mecsekért Mozgalom CMM, Hungary
- Erzsébet Nagy, Civilek a Mecsekért Mozgalom CMM, Hungary
- Angela Thiesz, Civilek a Mecsekért Mozgalom CMM, Hungary
- Krisztián Pamuki, Civilek a Mecsekért Mozgalom CMM, Hungary
- Cinzia Della Porta, Disarmiamoli!, Italy
- Olol Jackson, Presidio Permanente No Dal Molin, Vicenza, Italy
- Donato Tagliapietra, Presidio Permanente No Dal Molin, Vicenza, Italy
- Tobias Pflüger, MdEP, Germany
- Torsten Schleip, AG Flughafen Natofrei, Germany
- Margit Janiel, AG Flughafen Natofrei, Germany
- Tanja Grobitzsch, AG Flughafen Natofrei, Germany
- Susan Anger, AG Flughafen Natofrei, Germany
- Hannelore Toelke, Deutscher Friedensrat, Germany
- Nicole Noel, Ansbacher Friedensbündnis (Ansbach Peace Coalition), Germany
- Andreas Bockl, Ansbacher Friedensbündnis (Ansbach Peace Coalition), Germany
- Boris-André Meyerl, Ansbacher Friedensbündnis (Ansbach Peace Coalition), Germany
- Marko Forberger, Lavka.info (network for left policy in CE Europe), Germany
- Jule Nagel, Lavka.info, (network for left policy in CE Europe), Germany
- Thomas Kachel, Lavka. info, (network for left policy in CE Europe), Germany
- Hans Lammerant, Bombspotting – Vredesactie, Belgium
- Roland Nivet, Mouvement de la Paix, France

- Yves-Jean Gallas, Mouvement de la Paix, France
- Kate Hudson, Campaign for Nuclear Disarmament, United Kingdom
- Athanasios Pafilis, World Peace Council, Greece
- Elsa Rassbach, American Voices Abroad (AVA) Military Project, USA